

Studienbogen 12 : Die Stellung des Verletzten im Strafprozess

I. Überblick

1. In Deutschland stand die Verbrechensbekämpfung, d.h. die gesellschaftliche Reaktion auf unerträglich abweichendes Verhalten, mit der Verabschiedung der Strafrechtsreform vor über 40 Jahren (1969) am Ende eines 1000-jährigen Weges. Eines Weges, der mit der Ablösung der rein privaten (ursprünglich durch die Fehde, d. h. Privatrache, vom Verletzten oder seiner Sippe wahrgenommenen) Strafrechtspflege durch einen zwar vom Verletzten als Ankläger begonnenen, aber von der Obrigkeit entschieden Prozess begonnen hatte, durch ein von staatlichen Instanzen umfassend organisiertes Verfahren fortgesetzt wurde und mit der Ersetzung des Vergeltungsstrafrechts durch ein Präventionsstrafrecht endete. Am Ende dieses Weges blieb für eine eigenständige Rolle des Verbrechensofers als Prozesssubjekt kein Platz mehr übrig, denn wenn das Ziel des Strafverfahrens letzten Endes in der Resozialisierung des Täters im öffentlichen Interesse besteht, so spielt der Verletzte nur noch eine Rolle als Zeuge im Prozess. Aus der Vergangenheit übrig gebliebene Positionen wie etwa die Nebenklage waren deshalb auch permanent von Abschaffung bedroht, und das Opfer wurde, wie es *Weigend* im Anschluss an *McDonald* ausdrückte, zu einer „vergessenen Figur“. Aber schon 15 Jahre später fand ein totaler Umschwung statt, als sich der 55. Deutsche Juristentag (1984) mit der „Rechtsstellung des Verletzten im Strafverfahren“ befasste, und seitdem ist in einer ganzen Reihe von Gesetzen ein ununterbrochener Ausbau der Opferstellung im Strafverfahren durchgeführt worden, und die Forderungen nach weiterer Verstärkung dieser Rechte sind längst noch nicht zu Ende. Der politische Motor dieser Entwicklung besteht in der feministischen Bewegung, denn die ganze Diskussion dreht sich immer wieder um die Opfer von Sexualdelikten, die nun einmal fast ausschließlich von Männern begangen werden; und es sind die feministischen Forderungen gewesen, die auch bei einer allgemeinen Verbesserung der Opferstellung immer den eigentlichen Auslöser gebildet haben.

2. Zentraler Punkt ist die Frage der Anerkennung des Verletzten als Prozesssubjekt, d.h. als Partei. Ursprünglich war, wie schon bemerkt, das Opfer mit dem Ankläger identisch. In allen Rechtsordnungen hat sich aber im Laufe der geschichtlichen Entwicklung eine staatliche Anklagebehörde herausgebildet, während das Opfer gleichzeitig auf eine bloße Zeugenrolle zurückgedrängt wurde. Es blieben nur noch kleine Reste der Anklägerrolle zurück, im deutschen Recht außer der schon erwähnten Nebenklage auch das Recht der Privatklage bei personenbezogenen Bagatelldelikten wie der Beleidigung. Innerhalb von 20 Jahren seit dem erwähnten Deutschen Juristentag ist dann aber die Entwicklung massiv in die genau umgekehrte Richtung gelaufen, indem die prozessuale Stellung des Opfers durch das Opferschutzgesetz von 1986, durch das Gesetz zum Schutz von Zeugen und zur Verbesserung des Opferschutzes von 1998, durch ein weiteres Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Verletzten im Strafverfahren von 2004 und schließlich durch das 2. Opferrechtsreformgesetz 2009 laufend verstärkt worden ist.

Die EU hat im Oktober 2012 eine (erweiterte) Opferschutz-Richtlinie verabschiedet, der (die Opferstellung überreizende) E-StORMG (BR-Dr 213/11) ist noch nicht verabschiedet worden.

a) Seit 1986 können sich alle Opfer von Beleidigungen, Körperverletzungen, Freiheitsberaubungen oder Sexualdelikten dem Strafprozess als **Nebenkläger** anschließen, wodurch sie die Rolle eines eigenständigen Prozesssubjekts mit mehrfach verbesserter Rechtsstellung erhalten (§§ 395 ff. StPO).

b) Auch wenn es um nicht nebenklagefähige Delikte geht, haben die Verletzten weitgehende Rechte auf **Akteneinsicht** (§ 406 e StPO), auf den **Beistand** eines Rechtsanwaltes (§§ 406 f/g StPO), auf **Information** über den Verfahrensausgang (§ 406 d StPO) sowie bei nebenklagefähigen Delikten auch ohne Anschlussklärung auf **Anwesenheit** in der Hauptverhandlung (§ 406 g I, 1 StPO) erhalten.

c) Parallel dazu sind ihre Rechte als **Zeuge** gestärkt worden, insbesondere um die sogenannte sekundäre Viktimisierung durch eine das Opfer unter Umständen erneut traumatisierende Hauptverhandlung abzumildern (s. u. III).

d) In den letzten Jahren hat ferner eine Verbesserung der Ansprüche des Verletzten auf Schadensersatz im Vordergrund gestanden, und zwar auf der einen Seite durch die Etablierung des Täter-Opfer-Ausgleichs (**TOA**) und auf der anderen Seite durch den Ausbau des sogenannten **Adhäsionsverfahrens**, bei dem schon im Strafverfahren selbst die Schadensersatzansprüche des Verletzten geprüft werden und die Verurteilung zu einer Strafe mit einer Verurteilung zu Schadensersatz kombiniert wird (s. u. IV).

3. Insgesamt kann man grundsätzlich **vier verschiedene Funktionen** der Opferstellung im Strafverfahren unterscheiden: (1) Die uralte Funktion als **Ankläger** war so gut wie vollständig auf die Staatsanwaltschaft übergegangen, seit 20 Jahren spielt aber der Verletzte neben der Staatsanwaltschaft in einem bestimmten Typus von Verfahren wieder eine erhebliche Rolle. (2) Das hat aber natürlich eine Rückwirkung auf diejenige Stellung des Verletzten, die im Laufe der Entwicklung fast die einzige geworden war, nämlich die Stellung als **Zeuge**, denn gerade die Verbesserung der Opferstellung hat hier zu einer Gefährdung des Beweiswertes der Zeugenaussage des Verletzten geführt. (3) Die Durchsetzung der **Schadensersatzansprüche**, die etwa in der germanischen Zeit mit dem Strafprozess identisch gewesen ist, war ebenfalls vollständig aus dem Strafprozess verschwunden, soll aber nach dem Willen des Gesetzgebers in der Zukunft wieder eine größere Rolle spielen. (4) Schließlich muss man noch eine Funktion beachten, die in der Diskussion der letzten Jahrzehnte eigenartiger Weise aber kaum eine Rolle gespielt hat, nämlich als **Kontrollinstanz für die Staatsanwaltschaft**. Schon nach der RStPO von 1877 hatte der Verletzte die Möglichkeit des Klageerzwingungsverfahrens, wenn die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellte, obwohl nach der Sach- und Rechtslage eigentlich eine Anklage geboten war (§§ 172 ff. StPO). Um den Ausbau dieser wichtigen Funktion hat sich der Gesetzgeber bisher aber nicht gekümmert.

Bevor nacheinander ein genauerer Blick auf diese verschiedenen Funktionen geworfen wird, ein Wort zur Terminologie: So wie man vor Rechtskraft des Verfahrens niemals vom Täter,

sondern nur vom Beschuldigten sprechen darf, muss auch auf der anderen Seite beachtet werden, dass es nur um den „angeblich Verletzten“ geht, so dass man nur kriminologisch vom Opfer, prozessual eigentlich aber nur vom „*Opferprätendenten*“ sprechen darf. Genau das hat die StPO mit dem Begriff „Verletzter“ auch zum Ausdruck bringen wollen, leider fehlt der deutschen Sprache hier ein dem „Beschuldigten“ korrespondierender Begriff.

II. Der Verletzte als Prozesssubjekt

1. Während die **Privatklage**, bei der der Verletzte als alleiniger Ankläger auftritt, im wesentlichen Bagatelldelikte betrifft und deshalb in praktischer Hinsicht nach wie vor keine besondere Bedeutung besitzt (§§ 374 ff. StPO), ist die **Nebenklage** durch die drei Gesetze zur Verbesserung der Opferstellung wesentlich ausgebaut worden und wird namentlich bei Sexualdelikten durch eine hierauf spezialisierte Gruppe engagierter Rechtsanwälte, meistens weiblichen Geschlechts, häufig wahrgenommen. Außer bei den Tötungs- und Sexualdelikten ist sie auch bei den Körperverletzungsdelikten und den Delikten gegen die Freiheit unbeschränkt zulässig, daneben steht sie auch den Angehörigen des Opfers nach einem Tötungsdelikt zu, und neuerdings enthält § 395 Abs. 3 sogar eine Generalklausel für alle Verletzten, sofern besondere Gründe die Interessenwahrnehmung geboten erscheinen lassen.

2. Der **Nebenkläger** bekommt durch seine Anslusserklärung (§ 396 StPO) ein umfassendes Teilnahmerecht am Verfahren, er kann also bei der Zeugenvernehmung Fragen stellen, Beweisanträge stellen und auch Rechtsmittel einlegen (§§ 397, 400 f. StPO). Vor allem hat der Nebenkläger ein umfassendes Recht auf Anwesenheit in der Hauptverhandlung, welches der Abwesenheitspflicht des Zeugen vorgeht. Wenn der Nebenkläger auch als Zeuge vernommen wird - wie natürlich bei allen Delikten gegen die sexuelle Freiheit, bei denen die Nebenklägerin oft zugleich die einzige Belastungszeugin ist - , kann er sich also zunächst die gesamte Hauptverhandlung einschließlich der Einlassung des Angeklagten anhören. Darüber hinaus hat der Nebenkläger auch ein Recht auf Akteneinsicht und auf staatliche unentgeltliche Bestellung eines Beistandes, also eines speziellen **Opferanwaltes** (i. e. s. § 397a StPO).

3. Der Großteil dieser Rechte steht dem Verletzten auch dann zu, wenn er sich dem Verfahren nicht als Nebenkläger anschließt. Gemäß § 406 e StPO kann er durch einen Anwalt ein Recht auf Akteneinsicht geltend machen, wenn nicht überwiegende schutzwürdige Interessen des Beschuldigten entgegenstehen oder der Untersuchungszweck gefährdet wird. Gemäß § 406 f kann er sich des Beistandes eines Rechtsanwalts bedienen, insbesondere auch bei seiner Vernehmung. Hierüber ist der Verletzte umfassend zu belehren (§ 406 h), so wie er auch über den Ausgang des Verfahrens zu informieren ist.

III. Die Beeinträchtigung der Zeugenfunktion

Durch diese Verbesserung der Opferstellung hat der Gesetzgeber aber die Zeugenfunktion des Verletzten schwerwiegend beeinträchtigt, die Ermittlung der materiellen Wahrheit gefährdet

und den Prozess insgesamt in eine Schieflage zu Lasten des Angeklagten gebracht¹. Das StORMG würde diese Schieflage noch mehr verstärken und keinen fair trial mehr übrig lassen.

IV. Adhäsionsverfahren, Rückgewinnungshilfe und Täter-Opfer-Ausgleich

1. Das **Adhäsionsverfahren** ist ursprünglich aus dem österreichischen Strafprozess übernommen worden, hat aber über Jahrzehnte hinweg keinerlei Bedeutung erlangt, weil es weder bei den Rechtsanwälten noch bei der Richterschaft beliebt war: Weil kein Anwaltszwang bestand und die Gebühren niedriger als im Zivilprozess waren, war das ganze für die Rechtsanwälte nicht attraktiv, und für die Richter bedeutete es eine erhebliche Mehrarbeit auf dem für sie ungewohnten Feld des zivilrechtlichen Schadensersatzrechts. Außerdem konnte wegen der Frage, ob und in welcher Höhe ein Schaden entstanden war, der Strafprozess erheblich verlängert werden. Deshalb wurden nur ganz selten Adhäsionsanträge gestellt, und die Richter pflegten, wozu sie damals berechtigt waren, diese dann zumeist nach ihrem freien Ermessen wegen mangelnder Eignung abzulehnen. Deshalb hat der Gesetzgeber im Gesetz zur Verbesserung der Opferrechte von 2004 die Rechtsstellung des Verletzten im Adhäsionsverfahren erheblich verstärkt, indem die Möglichkeiten des Gerichts, einen Adhäsionsantrag abzulehnen, eingeschränkt worden sind. Es heißt in § 406 Abs. 1 Satz 4 StPO zwar immer noch, dass das Gericht von einer Entscheidung absehen könne, wenn sich der Antrag zur Erledigung im Strafverfahren nicht eigne, und in Satz 5 heißt es, der Antrag sei insbesondere dann nicht geeignet, wenn seine weitere Prüfung, auch soweit eine Entscheidung nur über den Grund oder einen Teil des Anspruchs in Betracht kommt, das Verfahren erheblich verzögern würde. Aber der Richter hat jetzt kein freies Ermessen mehr, und bei Geltendmachung eines Schmerzensgeldes wird die Eignung sogar immer fingiert. Außerdem kann eine Zurückweisung des Antrages mangels Eignung gemäß § 406 a StPO mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden. Damit ist in der Tat die Rechtsstellung des Verletzten wesentlich gestärkt worden, und weil das Adhäsionsverfahren im Gegensatz zum Zivilprozess für den Verletzten den Vorzug besitzt, dass alle Beweise von Amts wegen beschafft werden, ist eigentlich die Attraktivität dieses Verfahrens für ihn sehr groß. Ob sich deshalb in der Praxis das Adhäsionsverfahren einbürgern wird, bleibt abzuwarten. Ein Problem könnte immer noch sein, dass der Rechtsanwalt, der den Antrag für den Verletzten stellt, eine etwas geringere Gebühr bekommt, als wenn er den Schadensersatzanspruch im Zivilprozess einklagen würde.

2. Ein scharfes Instrument schon im Ermittlungsverfahren zur Sicherung des zukünftigen Adhäsionsverfahrens ist die **Zurückgewinnungshilfe** gem. § 111 b V StPO (s. auch §§ 111 g, h und k).

3. Der im materiellen Recht angesiedelte **Täter-Opfer-Ausgleich** gem. § 46 a StGB ist prozessual abgefedert durch §§ 153 a I Nr. 5, 155 a, 155 b StPO.

¹ Näher Schünemann, NStZ 1986, 193 ff.; ders., StV 1998, 391 ff.; ders., in: Schünemann/Dubber (Hrsg.), Die Stellung des Opfers im Stafrechtssystem, 2000, S. 1, 6 ff.; FS f. Hamm, 2008, 687 ff.